



Bezirk
Baden-Württemberg

IG Metall Baden-Württemberg

STRATEGIE



ZUKUNFT

THESEN- UND ARBEITSPAPIER

der IG Metall Bezirksleitung
Baden-Württemberg

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



»Strategie Zukunft - Gemeinsam für ein gutes Leben!«

Strategie Zukunft – Nachhaltiges Wachstum verlangt Verteilungs- gerechtigkeit

Die tiefste Krise der Weltwirtschaft seit der großen Depression hat uns vor Augen geführt, welche Gefahren aus einem unregulierten Finanzmarkt, der allein dem Gesetz des schnellen Profits unterliegt, entstehen. Das Platzen der durch aberwitzige Spekulationen entstandenen Finanzblasen hat nicht nur zeitweise die Funktionsfähigkeit des Bankensystems gefährdet. Durch die nicht vollständig aufgedeckten Risiken ist die Gefährdung längst nicht überstanden. Die enge Verflechtung von Realökonomie und Finanzmärkten hat in der Krise weltweit Millionen von Arbeitsplätzen vernichtet, Millionen von Menschen in ihrer Existenz bedroht, in Armut getrieben.

Doch schon wachsen der Hydra neue gierige Mäuler. Das Kasino ist längst wieder eröffnet. Erst im Mai 2010 stand das internationale Finanzsystem erneut vor dem Kollaps. Die Dramatik dieser Tatsache wird allerdings viel zu schnell beiseite geschoben.

Der Politik ist es zwar gelungen, durch massiven Einsatz öffentlicher Mittel die Folgen der Finanzmarktkrise zu bremsen und zu kanalisieren. Allein Deutschland brachte 98 Mrd. Euro an echten Zahlungen plus ein Vielfaches davon als Bürgschaften auf. Eine teilweise Verstaatlichung des Bankensektors war kein Tabu mehr. Bisher gelang es aber nicht, die seit langem überfällige Regulation der Finanzmärkte durchzusetzen. Obwohl die Spekulationen,

nun gegen ganze Volkswirtschaften wie Griechenland und Spanien, eine neue Dimension annehmen, ist die Politik von einer Verständigung auf zwingend notwendige Maßnahmen zu ihrer Eindämmung meilenweit entfernt.

Ein "Weiter so" ist nicht akzeptabel. Wir brauchen eine Regulation der Banken und Finanzmärkte und die radikale Rückführung auf Kernaufgaben: Einlagen sammeln, bündeln und damit Kapital und Kredite für Investitionen von Bürgern, Unternehmen und Staat zu vernünftigen Konditionen bereitstellen.

Solange das nicht erreicht ist, brauchen wir Maßnahmen am normalen Bankensystem vorbei, um Unternehmen und Arbeitsplätze zu sichern. Betriebe benötigen eine ausreichende Finanzierung, etwa von Aufträgen oder Investitionen, zu vernünftigen Konditionen. Heute scheitert dies häufig an der Risikobewertung der Banken oder führt zu einem unbezahlbaren Zinsniveau. Daher fordern wir staatlich verbürgte Fonds zur direkten Finanzierung sowie zur Stützung des Eigenkapitals. Auch die Landesregierung ist in dieser Frage aufgefordert, mehr als Ankündigungen auf den Tisch zu legen. Das Verhalten der Banken werden wir überall dort anprangern, wo sie Arbeitsplätze gefährden um eigene Risiken abzusichern.

Es genügt nicht, die Kollateralschäden der Finanzmarktkrise zu begrenzen. Die Ursachen müssen benannt, angegangen und beseitigt werden. Zu finden sind sie in der wachsenden Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Vermögen, sowohl weltweit wie auch national. Während

wenige immer mehr Reichtum sammeln, steigt die Zahl derer, die in Armut oder an deren Grenze leben müssen. Seit 1999 ist Deutschland internationaler Spitzenreiter bei dieser Polarisierung. Nach Daten der Boston Consulting Group belief sich Ende 2008 allein die Zahl der Vermögensmillionäre auf über 400.000! Während hohe Kapitalsummen bereitstehen, die nach hochrentablen Anlagen suchen, mangelt es an Kaufkraft zur Nachfrage an Gütern und Dienstleistungen. Die Folge: Das vagabundierende Kapital vermehrt sich durch Spekulation. Eine notwendige Dynamik durch Investitionen und Innovationen in der realen Ökonomie bleibt aus. Dieser Trend wird verstärkt durch die Privatisierung von Vorsorgeleistungen, wie der Rentenversicherung, wodurch sich die Masse des zu verwertenden Kapitals weiter erhöht.

Verschärft wurde die Verteilungsungerechtigkeit vor allem durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes. Der massive Ausbau des Niedriglohnsektors konfrontiert Millionen Beschäftigte mit unsicheren prekären Jobs. Oft werden nur Armutslöhne gezahlt. Leiharbeit, Befristungen, Praktika – viele junge Menschen finden kaum Zugang zu einer gesicherten beruflichen Perspektive.

Daneben geht die Tarifschere zwischen Dienstleistung und Industrie weiter auseinander. Während Deutschland im Exportsektor Hochlohnland ist, sind die Entgelte im Dienstleistungssektor auch im internationalen Vergleich mager. Eine Folge schwacher Tarifbindung und niedriger Organisationsgrade in diesen Sektoren. Die in der IG Metall organisierten Bereiche sind dabei keine Ausnahme.

Die Schlüssel für nachhaltiges Wachstum sind: Beseitigung von Verteilungsungleichheit sowie ein aktiver Sozialstaat, der Haushalte und Unternehmen nach ihrer Leistungsfähigkeit besteuert und veranlagt.

Die aktuellen Sparpläne der Bundesregierung gehen in eine andere Richtung. Die Ärmsten sollen geschröpft, hohe Einkommen und Vermögen verschont werden. Eine solche Politik ist nicht nur falsch, sie ist skandalös.

Die Konsolidierung der staatlichen Haushalte soll auch aus Sicht der IG Metall angestrebt werden. Doch der eingeschlagene Weg geht in die falsche Richtung. Statt einseitig zu sparen muss dafür gesorgt werden, dass in Deutschland selbst mehr Geld ausgegeben wird. Das geht nicht mit einem Sparpaket. Der deutsche Konsum ist seit 15 Jahren flach wie ein Brett. Den „Gürtel enger schnallen“ und exportieren funktioniert auf Dauer nicht. Das Modell fährt gerade gegen die Wand. Wenn wir nicht gegensteuern, wird es ganz bitter. Die IG Metall wird deshalb gegen den jetzt von der Regierung eingeschlagenen Weg der Konsolidierung ab Herbst ihre Mitglieder mobilisieren.

Wir fordern die Bundesregierung auf, statt Arbeitslose und Familien zu bestrafen, endlich die Verursacher der Krise auch deren Lasten tragen zu lassen.

Unsere Forderungen:

- Ein nationaler Lastenausgleich, durch den die Lasten der Krise mit einer Abgabe auf Vermögen abgetragen werden.

- Eine stärkere Besteuerung hoher Einkünfte, um Zukunftsaufgaben wie Bildung und Innovation zu finanzieren.
- Eine Finanztransaktionssteuer, um die Verursacher der Krise in Haftung zu nehmen und Spekulationen künftig zu erschweren.
- Eine Gemeindefinanzreform, um die Einnahmehasis der Kommunen zu stärken.

Strategie Zukunft – nur mit einer starken Industrie: Das Erfolgsmodell zukunftsfähig machen

Das Erfolgsmodell Baden-Württemberg basiert auf einem scheinbar einfachen Dreiklang: *Starke Industrie – hohe Innovationskraft – gute Beschäftigung.*

Baden-Württemberg ist eine der Regionen in Europa, in denen industrielle Fertigung einen besonders hohen Anteil der Wertschöpfung erzeugt. Dies spiegelt sich auch im Anteil der Beschäftigten in der Industrie. Fast 30 Prozent der Menschen arbeiten im industriellen Sektor, über 20 Prozent allein in den Branchen, die wir als IG Metall vertreten. Dieser hohe Anteil ist jedoch alles andere als der Beleg für „Rückständigkeit“ oder einen schwachen Dienstleistungssektor. Ganz im Gegenteil. Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Optik oder Medizintechnik, haben alle gemeinsam: Es sind „wissensintensive“ Wirtschaftsbereiche, die direkt oder indirekt für einen Großteil der Innovationen verantwortlich sind. Rund ein Viertel des gesamten deutschen Budgets für For-

schung und Entwicklung (F & E) wird in Baden-Württemberg eingesetzt. Die Unternehmen belegen regelmäßig Spitzenplätze in den internationalen Patentstatistiken. Viele anspruchsvolle Dienstleister wie Forschungsinstitute und Beratungseinrichtungen, aber auch Unis und Fachhochschulen arbeiten eng mit der Industrie zusammen und tragen mit ihrem Erfolg auch zu deren Stärke bei. Allerdings wird es den Bereich industrienaher Dienstleistungen auf Dauer nur dann in diesem Umfang geben, wenn es auch die entsprechende Industrie gibt.

Die IG Metall und die Beschäftigten in den Branchen der Metall- und Elektroindustrie, Textil Bekleidung, Holz und Kunststoff und den Handwerken sind aktiver Teil des Erfolgsmodells: Stabile Arbeitsverhältnisse, gute Entlohnung, Facharbeit auf der Basis einer qualitativ hochwertigen dualen Ausbildung sind nicht nur prägend für viele Unternehmen. Sie sind auch Grundlage für eine überdurchschnittliche Beschäftigung, relativ geringe Arbeitslosigkeit und vergleichsweise großen Wohlstand.

Andere Länder nehmen sich dieses Erfolgsmodell zum Vorbild. Die Sicherung einer attraktiven wirtschaftlichen Basis mit realer Wertschöpfung gilt spätestens seit der Finanzkrise als Schlüssel für eine nachhaltige ökonomische Entwicklung. Aber es stimmt auch: Dieses Modell gerät zunehmend unter Anpassungsdruck. Die Folgen der Finanzmarktkrise sind längst nicht ausgestanden. Manche Unternehmen setzen auf Umstrukturierung und Verlagerung, andere auf Leiharbeit statt auf nachhaltige Beschäftigungs- und Qualifikationsentwicklung. Neue Wettbewerber treten auf den Plan, drastische

Verschiebungen innerhalb der Märkte erfordern neue internationale Unternehmensstrukturen, neue Technologien müssen entwickelt und industriell genutzt werden. Dadurch ergeben sich Anforderungen an die baden-württembergische Industrie, auf die noch Antworten gefunden werden müssen.

Baden-Württemberg braucht eine aktive Industriepolitik! Nur so kann das Bundesland seine Vorreiterrolle in der verarbeitenden Industrie erhalten, die Arbeitsplätze sichern und das gesamte Erfolgsmodell zukunftsfähig machen. Eine solche Industriepolitik muss einerseits auf die Bewahrung vorhandener industrieller Strukturen setzen, denn hier gilt: Was weg ist, kommt nicht mehr zurück. Andererseits muss die industrielle Basis in die Lage versetzt werden, den strukturellen Wandel von Produkten und Märkten nachzuvollziehen.

Das baden-württembergische Erfolgsmodell hat sich gerade in der Krise bewährt. Trotz des schärfsten Einbruchs seit Kriegsende mit einem durchschnittlichen Rückgang der Produktion um über 30 Prozent, konnte die industrielle Substanz erhalten werden, sind die Wertschöpfungsketten in der Kfz-Industrie und im Maschinenbau bis heute weitgehend stabil.

Das gilt vor allem für die Beschäftigungssituation. Mit einer großen solidarischen Leistung der Beschäftigten konnte der Einbruch in vielen Fällen durch Kurzarbeit aufgefangen und Massenentlassungen verhindert werden. Unterstützung gab es auch durch Arbeitgeber. Bis heute beträgt der Beschäftigtenrückgang in der Industrie

ca. 6 Prozent gegenüber 2007. Innovationsprojekte wurden trotz knapper Budgets erfolgreich vorangetrieben, sei es im Bereich E-Mobilität, der Energietechnik oder der Medizintechnik.

Die aktuellen Zahlen nähren die Hoffnung, dass die Trendwende erreicht ist. In den ersten vier Monaten 2010 stieg die Industrieproduktion in Baden-Württemberg um 14 Prozent, der Auftragseingang konnte sogar um 30 Prozent gegenüber 2009 zulegen. Dennoch stellen sich dabei viele Fragen: Die Erholung hängt stark am Fahrzeugbau, der bei der Produktion sogar um 50 Prozent zugelegt hat. Bleibt das stabil, wenn jetzt in immer mehr Ländern Sparprogramme aufgelegt werden und die Abwrackprämien auslaufen? Das Produktionsniveau im Maschinenbau liegt etwa auf dem Niveau von 2009. Wird das zum Überleben reichen, wenn die neuen Aufträge zwar langsam kommen, es aber Monate dauert, bis daraus Beschäftigung und Umsatz wird? Viele neue Produktideen brauchen öffentliche Vorleistungen, ob in der Forschung (E-Mobilität), der Anwendung (Windkraft) oder den regionalen Rahmenbedingungen (Infrastruktur). Werden diese Vorleistungen trotz aller Konsolidierungspolitik weiter erbracht oder auf Eis gelegt?

Die Risiken für einen nochmaligen Rückfall sind deutlich sichtbar. Eine Politik, die auf Ausgabenkürzung bei staatlichen Investitionen zielt, ist Gift. Der konjunkturelle Aufschwung ist kein Selbstläufer. Weitere staatliche Konjunkturprogramme sind notwendig, etwa zur Verbesserung der Infrastruktur sowie für Bildung und Forschung. Diese Zukunftsinvestitionen dürfen nicht der Sparwut geopfert werden.

Die IG Metall sieht vier zentrale Herausforderungen, die eine regionale Industriepolitik erfordern, um Antworten zu finden und ihre Umsetzung zu unterstützen.

- In vielen Betrieben steht die **finanzielle Bewältigung der Krisenfolgen** weiter auf der Tagesordnung. Insolvenzen drohen, die Vorfinanzierung von neuen Aufträgen ist ebenso wenig gesichert wie die Finanzierung von Investitionen. Erforderlich ist Stabilität bei der Kreditversorgung ebenso wie der Ausbau von Eigenkapital-Beihilfen zu bezahlbaren Konditionen. Diese Anforderungen werden auf absehbare Zeit vom Bankensektor nicht oder nicht ausreichend erfüllt, daher ist insbesondere die Landesregierung mit ihren öffentlichen Banken und Förderstrukturen (BW-Bank, L-Bank, Bürgschaftsprogramme, ...) gefordert. Betrieblich gilt es, eine Abwälzung der Finanzierungskosten auf die Belegschaften zu verhindern: Es ist nicht akzeptabel, dass die Beschäftigten beinahe automatisch, z.B. mit ihrem Weihnachtsgeld einspringen sollen, weil die Banken keine Kredite gewähren oder „Finanzkennzahlen“ verfehlt werden.
- In vielen Betrieben, aber auch zwischen Herstellern und Abnehmern muss die **Wertschöpfungsbasis** stabilisiert werden. Gerade die Krise hat gezeigt, wie wichtig stabile Lieferketten sind, die flexibel reagieren können und nicht nur „Teile liefern“, sondern mit eigenen Aktivitäten und Ideen an Lösungen arbeiten. Dies darf nicht durch Verlagerungswellen in Niedriglohnregionen unterlaufen werden, nur um die eigene Rendite schnell wieder auf Vorkrisenniveau zu treiben. Es geht darum, neue Konzepte zu entwickeln um internationale Entwicklungs- und Fertigungsverbünde aufzubauen, aus denen eine echte Perspektive für die Standorte in Baden-Württemberg entstehen kann (z.B. „Leitwerk“-Modelle).
- An Innovationsideen mangelt es nicht. Es kommt aber darauf an, diese **Innovationsfelder praktisch zu besetzen**: Ob bei der Batterietechnik oder bei verbrauchsärmeren Kraftfahrzeugen, ob bei der Energietechnik oder der Medizintechnik, ob bei der Brennstoffzelle oder beim Einsatz neuer Werkstoffe – entscheidend für den Erfolg in Baden-Württemberg ist neben der Forschung zu diesen Themen, wo deren Industrialisierung stattfindet und ob diese Projekte von Anfang an mit dem Maschinen- und Anlagenbau verzahnt sind. Erst dann kommen die Stärken der Industrie und ihres Umfeldes auch wirklich zum Tragen.
- Viele Unternehmen sind damit überfordert, allein und aus eigener Kraft solche Zukunftsfelder zu erschließen. Kooperation und Zusammenarbeit sind daher die Schlüsselkompetenzen der Zukunft. In Baden-Württemberg gibt es eine traditionell intensive **Zusammenarbeit entlang von regionalen Wertschöpfungsketten (Clustern)**. Die Politik hat in den letzten Jahren mit der Unterstützung solcher Strukturen erfolgreich neue Wege beschritten. In Zukunft

wird dies nicht ausreichen: Es sind Kooperationen in neuer Qualität und in bislang kaum praktizierter Form erforderlich, von gemeinsamen Innovationsprojekten bis zur Zusammenarbeit in Forschung, Entwicklung, im Einkauf oder im Service. Außerdem müssen die Schlüsselunternehmen des Landes viel stärker als bisher einbezogen werden. Eine Verengung auf Transferaktivitäten hin zu KMU wird den Herausforderungen nicht gerecht.

Vor diesem Hintergrund steht die Industriepolitik in Baden-Württemberg am Scheideweg. Entweder verfolgt sie das Konzept eines „Weiter So“ – dann werden es viele Unternehmen nicht schaffen, sich die Zukunftschancen zu erschließen. In der Folge wird der Industriesektor weiter schrumpfen, werden Schlüsselunternehmen in die Insolvenz gehen, wird Wertschöpfung zunehmend aus Baden-Württemberg verlagert. Dann verliert das Land an Wirtschafts- und Innovationskraft, mit unabsehbaren Folgen auch für die anderen Wirtschaftsbereiche und für das gesamte soziale Gefüge. Oder es gelingt, mit zielgerichteten Initiativen und Aktivitäten, dass die oben genannten Herausforderungen bewältigt werden können.

Die Politik muss die Notwendigkeit der Kooperation und Zusammenarbeit erkennen. Noch weniger als in der Vergangenheit wird es gelingen, nur über Einzelprojekte diese Wende zu schaffen. Es kommt darauf an, alle wichtigen Partner von Anfang an und systematisch zu beteiligen. Politik und Wirtschaft haben in der Krise die Zusammenarbeit mit den Gewerk-

schaften gesucht. Es wurde eine neue Qualität der kritischen Kooperation praktiziert, die jetzt weiter stabilisiert und ausgebaut werden muss.

Inhaltlich setzt die IG Metall dabei auf vier Themen, die jetzt kurzfristig angegangen und mit Programmen und Maßnahmen hinterlegt werden müssen:

- **Finanzierungsaktivitäten beibehalten und ausbauen:** Die Ausweitung des Bürgschaftsvolumens durch das Land war richtig – aber als Instrument allein reichen Bürgschaften nicht aus. Weder flankiert ihr Umfang die jetzt notwendigen Vorfinanzierungen der Unternehmen im erforderlichen Maß, noch wird dadurch die nach der Krise extrem dünne Eigenkapitalbasis vieler Unternehmen stabilisiert. Die Unternehmen müssen zu Bedingungen finanziert werden, die ihre Entwicklungsfähigkeit nicht untergraben. Darin liegt der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen.
- **Forschungspolitik muss Zukunftsthemen an Hochschulen besser abbilden:** So erfordert z.B. die Batterietechnologie für E-Fahrzeuge eine Verbreiterung von Basiskompetenzen in Forschung und Lehre bei der Elektrochemie. Neue perspektivische Technologiefelder sind immer auch mit der Forschungspolitik zu verzahnen und hierfür - wenn möglich - Stiftungslehrstühle einzurichten. Nachhaltig werden neue Themen nicht durch Projektförderung, sondern erst durch eine strukturelle Verzahnung mit den entsprechenden Einrichtungen.

- Infrastrukturpolitik zukunftsfähig ausrichten:** Viele der neuen Technologien, ob im Verkehr, in der Energieerzeugung oder der Medizintechnik sind ohne entsprechende öffentliche Investitionstätigkeit zum Scheitern verurteilt. So braucht z.B. ein relevanter Energieträger wie Wasserstoff ebenso Wege zu seiner Erzeugung, wie zur Speicherung und Verteilung. Selbst das Aufladen des Pkw an der Steckdose erfordert – zumindest in den Ballungszentren, in denen viele Menschen nicht über eine Garage mit Steckdose verfügen – entsprechende personenunabhängige Anschlüsse. Aber auch die Aufrechterhaltung der bestehenden Infrastruktur, im Straßenbau, beim Güterverkehr oder beim ÖPNV muss auf Zukunftsthemen ausgerichtet werden. Regionalkonferenzen und regionale Entwicklungsprogramme können hierfür eine Plattform bilden, bei der die unterschiedlichen Interessen und Anforderungen eingebracht und sinnvoll aufeinander ausgerichtet werden können.

Mobilitätskonzepte der Zukunft und ihre Infrastruktur, dezentrale regenerative Energieerzeugung und –vernetzung, Konzepte höherer Energieeffizienz bei Verbrauch und Speicherung, flächendeckende Breitbandverkabelung und ihre Nutzung, sind technologische Trends, die eng an die Bereitstellung von Infrastruktur gekoppelt sind. Diese Infrastrukturleistungen dürfen nicht durch „Public Private Partnership (PPP)“ Privatinvestoren, wie etwa den großen Energiekonzernen, übertragen werden. Sie müssen unter staatlicher Regie

stehen, um gleichen Zugang auch außerhalb von Ballungszentren zu sichern und das Ziel eines ökologisch und sozial nachhaltigen Wachstums nicht den Verwertungs- und Renditeinteressen einzelner Konzerne zu opfern. Daher sprechen wir uns nachdrücklich gegen eine Verlängerung der Laufzeiten für Kernkraftwerke aus.

Wir lehnen die Privatisierung öffentlicher Investitionen und Leistungen ab. Dies gilt für Bund, Land und Gemeinden. Wir fordern, dass beschlossene Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur in Baden-Württemberg nicht dem Rotstift geopfert, sondern zügig umgesetzt werden.

- Clusterinitiativen für erfolgreiche Umsetzung von Schlüsselthemen in Schlüsselbranchen:** Es ist erforderlich für die beiden wichtigsten Industriebranchen des Landes, mit jeweils spezifischen Initiativen und Angeboten, die Kooperation und Zusammenarbeit entlang von Zukunftsthemen zu verbessern. Im Kfz-Bereich steht neben Aktivitäten zur Reduzierung des Co2-Verbrauchs der komplexe und komplizierte Wechsel zu neuen Mobilitätskonzepten (E-Mobilität) ganz oben auf der Tagesordnung. Es geht dabei nicht nur um neue Technologien: Es geht um eine Industrialisierung in Baden-Württemberg! Entsprechende Initiativen müssen hierfür gestartet werden. Erforscht und erprobt werden muss zugleich, wie sich solche neuen Technologien auf Beschäftigung und Qualifizierung sowie auf die Zukunft heutiger Standorte

auswirken. Im Bereich des Maschinenbaus geht es um neue Formen der Zusammenarbeit. Die Branche muss trotz ihrer mittelständischen Struktur dem Wettbewerb mit größeren auswärtigen Wettbewerbern, die mit viel Kapital Aufträge kaufen oder sich einen eigenen globalen Service leisten können, standhalten können. Daneben braucht es auch Zugänge zu neuen Technologien und Werkstoffen, von der Verarbeitung hochfester Materialien bis hin zu Composite-Technologien. Solche Themen erlauben vielfältige neue Anwendungsfelder, sowohl für die Endkunden (Leichtbau von Strukturteilen) wie auch für den Maschinen- und Anlagenbau.

Die IG Metall fordert die Landesregierung auf, unverzüglich eine Neuausrichtung der Industriepolitik auf den Weg zu bringen und mit entsprechenden Maßnahmen und Programmen abzusichern. Vertreter der IG Metall stehen zur Verfügung, um ihre Sachkompetenz in solchen Projekten und Aufgabengebieten einzubringen. Gemeinsam mit den Betriebsräten wirken wir bei den Unternehmensverantwortlichen auf Teilnahme und Unterstützung dieser Aktivitäten hin. Zudem wird die IG Metall mit eigenen Initiativen eine solche Politik der Zukunft unterstützen und vorantreiben.

Strategie Zukunft - Die Arbeitswelt von morgen heute aktiv gestalten

Die Krise ist noch längst nicht überwunden. Noch immer sind tausende von Arbeitsplätzen in Gefahr, sei es in Folge von Insolvenz, sei es durch weiter anhaltende massive Unterauslastung. Das trifft insbesondere für Teile des Maschinenbaus zu.

Auch darüber hinaus ist die konjunkturelle Entwicklung weiter sehr fragil.

Die industrielle Basis im Land muss in die Lage versetzt werden, den strukturellen Wandel von Produkten und Märkten nachzuvollziehen.

Innovation verlangt Qualifikation und Mitbestimmung. Die Beschäftigten sind die Kompetenzträger jeder Innovation. Tatsache ist aber, dass bis auf wenige Ausnahmen selbst in Phasen der Kurzarbeit und weitgehender Förderung von Qualifikation, diese Chancen nicht genutzt wurden. Ohne aktive Betriebsräte wäre das Ergebnis noch deutlich geringer ausgefallen.

Aktive Betriebsräte und Mitbestimmung braucht es oft, um in den Unternehmen Impulse zu setzen, vorhandene Qualifikationen und Kompetenzen in neue Geschäftsfelder zu lenken und damit Beschäftigung zu erhalten. Die Krise hat Betriebsräte an vielen Stellen gezwungen, gegen kurzfristige Personalabbaupläne langfristige wirkende Perspektiven in neuen Geschäftsfeldern einzufordern. Bei der Suche nach Lösungen hat sich Mitbestimmung und tarifliche Regulierung

stärker als bisher auch auf Entscheidungen über Produkte und Investitionen bezogen.

In der Krise haben die Tarifvertragsparteien gemeinsam nach Möglichkeiten gesucht, Beschäftigung zu halten, Unternehmen zu sichern - oft verbunden mit solidarisch getragenen Beiträgen der Belegschaften. Hier war immer die Mitsprache der IG Metall und der Betriebsräte selbstverständlich. Für uns ist klar: Dieser Anspruch auf Mitsprache und Mitbestimmung kann nicht nur für Schlechtwetterzeiten gelten. Auch dann, wenn die Auslastung wieder besser ist, treten wir dafür ein, dass in einer nachhaltig angelegten Unternehmenspolitik Mitbestimmung unverzichtbar ist.

Industriepolitik hat eine enge Verzahnung mit der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Dies gilt für das Land und für die Regionen. Wir haben in der Krise zahlreiche regionale Initiativen für Bildung und Beschäftigung gestartet. Wir brauchen diese auch in Zukunft. Wir wollen gesellschaftliche Mitsprache bei Entscheidungen der regionalen Bildungsplanung und den Schwerpunkten regionaler und aktiver Arbeitsmarktpolitik. Die IG Metall wird in allen Regionen des Landes initiativ werden, um hierfür entsprechende Plattformen zu schaffen. Die Initiative der Bundesanstalt für Arbeit, einen regionalen Arbeitsmarktmonitor einzuführen, ist dabei sehr hilfreich. Sie räumt den Arbeitsagenturen mehr Freiräume für eine auf die regionale Situation angepasste Schwerpunktsetzung in der aktiven Arbeitsmarktpolitik ein. Dies verlangt die Mitsprache der regionalen Akteure und damit auch der IG Metall.

Schon jetzt ist erkennbar: die Arbeitgeber versuchen den Druck der Krise, anstehende Restrukturierungsprozesse und einen möglichen Aufschwung zu nutzen, um Arbeitsbedingungen massiv zu verschlechtern und das Niveau der Entgelte unter Druck zu setzen. Sie versuchen systematisch den Mehrbedarf an Personal nicht durch feste Einstellungen, sondern durch eine Vielzahl prekärer Arbeitsverhältnisse, vor allem durch einen massiven Aufbau von Zeitarbeit, zu decken. Dadurch sollen Belegschaften gespalten, eine zweite Tariflinie im Betrieb eröffnet und abgesicherte Arbeitsbedingungen durch eine Form rechtlosen modernen Tagelöhnertums ersetzt werden. Mit diesem Weg kündigen die Arbeitgeber den seit dem Einstieg in die 35-Stunden-Woche angelegten Deal "Sicherheit in Beschäftigung gegen Flexibilität" auf. Wir werden nicht akzeptieren, dass dieser in Zukunft nur noch für die Stammbeslegschaften gelten soll. Solidarische Interessensvertretung im Betrieb ist nicht teilbar. Gewerkschaftliches Grundverständnis würde sich selbst ins Absurde führen.

Wir führen diese Auseinandersetzung gegen prekäre Beschäftigung auf mehreren Handlungsebenen. Im Betrieb, in der betriebsnahen Tarifpolitik und in der gesellschaftlichen Meinungsbildung. Hierin liegt auch in den nächsten Monaten eine unserer zentralen Herausforderungen.

Umso wichtiger ist es, dass wir mit aller Konsequenz auf die Rückführung in der Krise gemachter Abstriche beharren. Wir wehren uns gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, sei es durch Arbeitszeitregelungen, sei es durch Leistungsverdichtung, sei

es durch belastende Arbeitsbedingungen. Wir brauchen *Gute Arbeit* um Leistungsfähigkeit und Gesundheit nachhaltig zu erhalten. Wir brauchen aber auch *Gute Arbeit*, weil sie Voraussetzung für die notwendige Motivation und Kreativität, das Engagement der Belegschaften ist.

Gute Arbeit bedeutet auch ein den Anforderungen und der Leistung entsprechendes Entgelt. Die Arbeitgeber haben versucht, die ERA-Einführung zur Kostensenkung zu missbrauchen. Die aktuellen Fakten und Zahlen beweisen – sie sind dort gescheitert, wo Betriebsräte die Interessen der Beschäftigten offensiv vertraten. Dies gilt auch für ihren Versuch, die Umsetzung des Tarifvertrages durch abenteuerliche Interpretationen und Winkeladvokantentum zu hintertreiben. Wir müssen feststellen, dass Südwestmetall in den letzten Jahren, nicht nur bei ERA, oft kein belastbarer Verhandlungspartner war, wenn es galt, gefundene Ergebnisse im Betrieb umzusetzen.

Industrieller Strukturwandel bringt mit sich, dass un- und angelernte Tätigkeiten unter starkem Konkurrenzdruck stehen. Auf der einen Seite werden diese Arbeitsplätze durch Leiharbeit, auf der anderen Seite durch Verlagerungspläne bedroht. Wollen wir sichere Arbeitsplätze für Un- und Angelernte auch in Zukunft in der Metall- und Elektroindustrie, müssen wir der Politik prekärer Beschäftigung Grenzen setzen. Gleichzeitig sind massive Anstrengungen im Bereich der Qualifizierung notwendig. Wir brauchen Konzepte qualifizierter Produktionsarbeit, die durchsetzbare Alternativen zur Politik weltweit angeglichenener, auf billige Arbeitskraft basierender ganzheitlicher Produktionssysteme darstellen.

Durch den strukturellen Wandel der bei uns organisierten Sektoren wird auch in Zukunft die Frage weiterer Arbeitszeitverkürzungen auf die Tagesordnung stehen. Die Betriebe werden auf der einen Seite eine zunehmende Lücke zwischen Produktivitätszuwachs und Wachstum ausweisen. Auf der anderen Seite steigt die tatsächliche Arbeitszeit vor allem in den indirekten und Bürobereichen immer weiter an – das „Jahr der Kurzarbeit 2009“ hat hier zwar dämpfend gewirkt, aber keine Trendwende gebracht. Die Antworten auf die Probleme mit der Arbeitszeit liegen daher nicht nur in einer tages- oder wochennahen Arbeitszeitverkürzung, sondern auch in der Verkürzung der Lebensarbeitszeit, etwa durch eine familiengerechtere Arbeitszeitgestaltung, Qualifikation zur beruflichen Weiterentwicklung, in der Ausgestaltung flexibler Übergänge in den Ruhestand, sowie in der Durchsetzung des an sich einfachen Grundsatzes: Geleistete Arbeit ist zu erfassen und zu vergüten.

Strategie Zukunft - der jungen Generation Perspektiven eröffnen

Bildung ist und wird in Zukunft der Schlüssel sein, der über die Perspektiven der jungen Generation entscheidet. Bildung ist auch der zentrale Faktor einer nachhaltigen Wachstumsdynamik des Landes. So verbreitet diese Erkenntnis, so ärmlich deren Umsetzung in reale Politik.

Der demographische Wandel wird die Bevölkerungs- und Beschäftigtenstruktur Baden-Württembergs in den nächsten Jahren dramatisch verän-

dern. Bis dato war Baden-Württemberg ein Bundesland mit wachsender Bevölkerung. Seit 1950 wuchs sie um etwa 70 Prozent auf 10,7 Millionen. Dieses Wachstum wird trotz anhaltender Zuwanderung nicht in dieser Dynamik anhalten. Deutlich verändern wird sich dagegen die demographische Zusammensetzung: Im Jahre 2000 erlebte Baden-Württemberg die Zäsur, dass hier erstmals mehr über 60jährige als unter 20jährige lebten. Der Anteil von Jugendlichen wird in den nächsten 15 Jahren bei Fortschreibung der heutigen Geburtenraten um 20 Prozent sinken. Die Entwicklung ist allerdings regional sehr unterschiedlich. Stärker betroffen sind vor allem ländliche Regionen. In der Altersgruppe der 10- bis 20-jährigen beträgt der Rückgang in einzelnen Kreisen über 30 Prozent. Diese demographische Entwicklung und die Zunahme von Schülern, die auf weiterführende Schulen gehen, bringen gravierende Änderungen in die vorschulische und schulische Betreuung vor Ort. Damit hier Familien und Kinder nicht unter die Räder kommen, sind massive Investitionen in die bedarfsgerechte Versorgung, aber auch strukturelle Veränderungen notwendig.

In Art 11. Abs.1 der Landesverfassung von Baden-Württemberg steht: „Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.“ Die reale Welt spricht eine andere Sprache:

- Noch immer besteht kein Anspruch auf Ganztagesbetreuung für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr. Dies benachteiligt arbeitende Eltern massiv. Die Zusage, einen

Rechtsanspruch für Kinder auf einen Krippenplatz durchzusetzen, droht an der Finanzknappheit der Kommunen zu scheitern. Hier sind Land und Bund gefordert.

- Kinder mit Migrationshintergrund haben keine vergleichbaren Chancen. Dies beginnt mit einer fehlenden individuellen Sprachförderung im vorschulischen Bereich und geht über deren deutlich höheren Anteil an Schulabbrechern, die ohne Schulabschluss ins Leben starten. 13 Prozent der Kinder aus Familien mit sogenanntem Migrationshintergrund haben keinen Schulabschluss – bei Familien ohne Migrationshintergrund sind es 4 Prozent. Bei 53 Prozent der Kinder aus Migrantenfamilien endet die schulische Bildung mit dem Hauptschulabschluss – gegenüber gerade 24 Prozent der Kinder aus deutschen Familien. Diese Diskriminierung im Bildungssystem setzt sich in den beruflichen Chancen fort.
- Das baden-württembergische Schulsystem ist im hohen Maße selektiv. Kinder aus Arbeiterfamilien kommen unter die Räder. Es herrschen Strukturen und Denken, die im Klassendünkel des 19. Jahrhunderts geboren wurden und bis heute die Schulpolitik beherrschen. Davon zeugt das Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem. Das Ergebnis dieser Schulpolitik: Ein Kind aus einer Facharbeiterfamilie hat gegenüber einem Kind aus einer Akademikerfamilie nur ein Viertel der Chancen auf ein Gymnasium zu kommen. Nicht Selektion, sondern möglichst langes gemeinsames Lernen und indivi-

duelle Förderung sind aber notwendig. Wir brauchen verlässliche Ganztageschulen mit einer qualitativ guten Betreuung.

- Die soziale Selektion setzt sich in den Studienchancen weiter fort. Studiengebühren, nicht ausreichende Bafög-Sätze und der Zwang zur kurzen Verweildauer machen ein Studium der Kinder wieder zum Luxusgut der „besseren Schichten“. Während Kinder aus Beamten- und Selbstständigenfamilien überproportional häufig ein Studium beginnen, schafft es nur jedes fünfte Kind aus einer Arbeiterfamilie. Daher müssen die Studiengebühren wieder abgeschafft und die Bafög-Sätze deutlich erhöht werden. Ein Studium darf nicht länger eine Frage des elterlichen Geldbeutels sein.

Wir brauchen eine radikale Kehrtwende in der Schul- und Bildungspolitik dieses Landes. Die Landesverfassung muss endlich Realität werden.

Wichtiger Baustein der Bildung ist die berufliche Bildung.

- Nach einem moderaten Aufbau der Ausbildungsplätze in den letzten Jahren müssen wir feststellen, dass allein 2009 und 2010 15 Prozent der Ausbildungsplätze gestrichen wurden. Und dies, obwohl sich die Schulabgängerzahlen in den nächsten drei Jahren letztmals noch erhöhen werden. Schon jetzt stellt die Arbeitsagentur fest, dass 2010 eine Unterversorgung mit Ausbildungsplätzen erkennbar ist. Und dies, obwohl noch zeh-

tausende von Jugendlichen in den Warteschleifen berufsvorbereitender Maßnahmen hängen und dringend einen Ausbildungsplatz suchen. Die heute nicht bereit gestellten Ausbildungsplätze sind die fehlenden Fachkräfte 2014 und in den folgenden Jahren. Es ist kurzfristig und unverantwortlich, wenn Arbeitgeber am Sonntag über drohenden Fachkräftemangel lamentieren und am Montag die Ausbildungsplätze killen. Die baden-württembergische Wirtschaft ist auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Hier helfen keine warmen Worte in Ausbildungspaketen, sondern verbindliche Verpflichtungen. Dies beinhaltet auch Verpflichtungen, SchülerInnen mit Hauptschulabschluss eine Chance zu geben.

- Die Mängel der schulischen Bildung setzen sich auch in der dualen Berufsausbildung fort. Dort herrscht strukturelle Unterversorgung an Lehrkräften und damit in Folge Unterrichtsausfall. Dies gilt insbesondere für die gewerbliche Berufsausbildung. Aber auch die Ausbildungsqualität in den Betrieben gerät unter die Räder von Kostensenkungsprogrammen.
- Erfolgreiche Ausbildung ist kein Garant für eine gesicherte berufliche Perspektive. Immer mehr Jugendlichen droht nach der Ausbildung eine unsichere Zukunft, da sie vom ausbildenden Betrieb gar nicht oder nur befristet übernommen werden. Gerade 25 Prozent erhalten einen unbefristeten Job. Jeder Zweite muss dagegen den Betrieb spätestens nach der tarif-

lichen Übernahmeverpflichtung verlassen. Bestehen keine Tarifverträge, wie etwa im Handwerk, landen die Azubis direkt nach der Ausbildung auf der Straße.

- Was ihnen droht, ist eine unsichere berufliche Perspektive. Zeitarbeit, Befristungsketten, Niedriglohnjobs – und über die Zeit ist die gute Ausbildung entwertet. Wir brauchen qualifizierte Ausbildung und eine gesicherte Perspektive für die Jugend.
- Immer noch ist Personalentwicklung und systematische Weiterbildung ein Fremdwort in der betrieblichen Praxis und allenfalls Führungskräfte kommen in deren Genuss. Wir brauchen aber keine beruflichen Sackgassen, in denen gelerntes Wissen sich auf die Dauer entwertet, sondern systematische Weiterbildung, Durchlässigkeit und Chancen für beruflichen Aufstieg. Hier bilden die tariflichen Regelungen einen Rahmen, den betriebliche Praxis untermauern muss.
- Gerade bei jungen Menschen ändern sich zeitliche Prioritäten entsprechend ihrer Lebensplanung. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, berufsbegleitende Weiterbildung oder ehrenamtliches Engagement verlangen eine zeitliche selbstbestimmte Flexibilität auch in der Arbeitszeitgestaltung. Dem stehen die Flexibilitätsinteressen der Arbeitgeber entgegen. Dagegen müssen wir individuelle Ansprüche auf selbstbestimmte Flexibilität setzen, wie wir sie teilweise im

Quali-TV und bei Langzeitkonten schon heute vereinbart haben.

Wir werden die Problemlagen der jungen Generation nicht nur öffentlich skandalisieren, sondern auch im Betrieb zum Thema machen. Mit der Kampagne „Junge Generation“ wollen wir die Fragen von Ausbildungsplätzen, Übernahme, berufliche Perspektive auf sichere Jobs, aber auch der Notwendigkeit einer belastbaren Beschäftigungsbrücke Jung-Alt aufgreifen und zum konkreten betrieblichen und tariflichen Handeln kommen.

Strategie Zukunft – Sozialstaat stärken

Der Sozialstaat sorgt für einen Ausgleich ungleich verteilter Risiken und Chancen. Er garantiert notwendige Sicherheiten in einem Umfeld, das immer mehr Risiken bringt. Der Sozialstaat ist der unverzichtbare Rahmen, damit Marktwirtschaft gesellschaftlich akzeptiert werden kann.

Dieser Sozialstaat droht zunehmend marginalisiert zu werden. Neoliberale Heilslehren sehen in ihm zu Recht eine Begrenzung marktwirtschaftlicher Logik. Sie wollen ihn auf Armutsfürsorge reduzieren. Wir brauchen aber keine Charity, der moderne Sozialstaat ist keine Almosen-Verteilungs-Anlage oder ein Rotary-Club. Er befreit die Bürger nicht nur von der Gefahr vom Leben in Not, sondern ermöglicht allen Teilhabe. Und er begnügt sich nicht damit, auf die Schicksalsschläge des Lebens wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit zu warten, um dann die Folgen zu lindern,

sondern er versucht die Ursachen zu bekämpfen. Aktive Arbeitsmarktpolitik, gesunde Arbeitsbedingungen und Prävention und insoweit auch Bildung, sind Beispiele hierfür. Sozialstaat und Demokratie gehören zusammen. Sie sind eine Einheit.

Man muss diesen Sozialstaat nicht neu erfinden. Nein er ist in seiner gewachsenen Struktur zukunfts- und ausbaufähig. Die letzte „Neuerfindung“ hat mit der Agenda 2010 weder zum Besseren noch zu Kostenersparnissen geführt, sondern zu mehr Armut und gesellschaftlicher Spaltung.

Wir brauchen eine Gesundheitsreform. Aber keine, die Lasten ungleich auf die Versicherten verteilt, sondern eine, die Lasten auf mehr und stärkere Schultern legt. Daher steht das Modell der Bürgerversicherung als unser konkreter Gegenentwurf zu einer unsozialen Kopfpauschale und der Privatisierung von Gesundheitsleistungen durch Zusatzprämien. Eine Zwei-Klassen-Medizin wäre die Folge. Die Bürgerversicherung würde die Einnahmeseite stärken. Gleichzeitig brauchen wir Kostensenkungen im Gesundheitswesen. Nicht nur die Pharmaindustrie, auch die Ineffizienz der Versorgung mit Gesundheitsleistungen beinhaltet große Möglichkeiten, die Sozialkassen zu entlasten. Anstatt sich aber mit dem Klientel der Pharmakonzerne, Apotheker und niedergelassenen Ärzte anzulegen, die alle gut verdienen, sollen die Versicherten geschöpft werden.

Wir brauchen weiter paritätisch finanzierte Kranken-, Pflege und Rentenversicherungen. Aber eine, die Betroffene und deren Angehörige vor

Armut schützt und ein würdiges Leben ermöglicht. Die IG Metall hat hierzu einen „Neuen Generationenvertrag“ vorgeschlagen. Eines der Kernprobleme der Rentenversicherung ist ihre Unterfinanzierung durch den Druck auf den Beitragssatz einerseits, ihre massive Belastung durch „systemwidrige“ Leistungen in Folge der Wiedervereinigung andererseits. Dies führt zum Zwang zusätzlicher Vorsorge, die sich gerade untere Entgeltgruppen nicht leisten können. Die Folge ist steigende Altersarmut. Dies gilt insbesondere für die zunehmende Zahl der Beschäftigten in Niedriglohnbereichen.

Mit der Rente mit 67 wurde das Risiko weiterer Altersarmut drastisch erhöht. Da die Mehrzahl der Beschäftigten unter heutigen Arbeitsbedingungen diese Grenze nie erreichen kann, wirkt die Heraufsetzung des Rentenalters als massiver Rentenabschlag. Wir halten die Rente mit 67 für einen sozialpolitischen Irrweg, der zwingend zu korrigieren ist. Die Bundesregierung ist aufgefordert, bis November dieses Jahres die Entwicklung der Beschäftigung Älterer zu überprüfen – wir werden diesen Prozess aktiv begleiten. Unsere Antwort ist klar: Weg mit der Rente mit 67!

Was nötig ist, sind flexible Altersübergänge. Hierzu gehört auch der Anspruch nach 40 Versicherungsjahren abschlagsfrei in die Rente zu gehen.

Das Sparprogramm der Bundesregierung sieht massive Kürzungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik vor. Angesichts des erkennbaren Strukturwandels in der Beschäftigung eine Fehlentscheidung. Wir brauchen nicht

weniger, sondern mehr aktive Arbeitsmarktpolitik. Wir brauchen gezielte, auf die regionale Arbeitsmarktsituation angepasste Vermittlung und Qualifikation und kein Verschieben der Arbeitslosen in Leiharbeitsfirmen oder sinnlose Pseudo-Qualifizierungsmaßnahmen. Beides erhöht zwar die Vermittlungsquote und räumt den Tisch des Agenturmitarbeiters – für die betroffenen Menschen dahinter bedeutet dies oft unverschuldeten gesellschaftlichen Abstieg. Die Zumutbarkeitsklausel für ALG I-Empfänger muss weg! Es war eine Fehlentscheidung, die regionale Einbindung der Arbeitsagenturen abzuschaffen und alles durch Nürnberg steuern zu wollen. Wir brauchen eine zielgerichtete, auf die regionalen Arbeitsmärkte ausgerichtete breite Palette arbeitsmarktpolitischer Instrumente, über deren Einsatz und Prioritäten vor Ort unter Beteiligung von Gewerkschaften, Arbeitgebern und den öffentlichen Institutionen entschieden werden muss. Dies würde auch eine wirksamere gesellschaftliche Kontrolle der Agentur und ihrer Arbeit vor Ort ermöglichen.

Das erschreckende Anwachsen von Armut, darunter auch Kinderarmut, ist in einem reichen Bundesland wie Baden-Württemberg eine Schande. Armutsrisiken sind Erwerbslosigkeit über längere Zeiträume, aber auch Arbeit im Niedriglohnsektor. Davon sind insbesondere Paare mit nur einem Erwerbseinkommen und Alleinerziehende betroffen. Über 19 Prozent der Bevölkerung in Baden-Württemberg hat ein Einkommensniveau unter 60 Prozent des mittleren Einkommens und gilt somit als armutsgefährdet. Dies bedeutet bei einem Paar mit einem Kind ein verfügbares Einkommen von ca.

1.500,00 Euro. Bei einer Alleinerziehenden mit einem Kind ca. 1.050,00 Euro. 44 Prozent der Alleinerziehenden in Baden-Württemberg gelten als armutsgefährdet. Darin liegen auch die Wurzeln der Kinderarmut. Dass wir in einem reichen Bundesland wie Baden-Württemberg feststellen müssen, dass 18 Prozent der Kinder armutsgefährdet sind, ist skandalös.

Eine Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze ist mehr als gerechtfertigt, um allein die Inflationsverluste auszugleichen. Die Regelsätze für Kinder sind deutlich zu erhöhen und einkommensunabhängig zu gestalten.

Das jetzt vorgelegte Sparpaket würde gerade Hartz IV-Empfänger mit Kindern besonders treffen. Hartz IV-Empfängern soll das Elterngeld gestrichen werden, die MillionärsGattin erhält weiterhin steuerfinanzierte 300,00 Euro – ein Skandal! Es zeugt von der Unverfrorenheit, wie sich selbsternannte Eliten selbst bedienen.

Auch in der Sozialpolitik gilt: Wer Armut bekämpfen will muss auf ihre Ursachen schauen. Oft ist Erwerbslosigkeit gekoppelt mit unzureichender Bildung und geringer beruflicher Qualifikation. Aber auch mit unzureichenden Angeboten an bezahlbarer Kinderbetreuung – nicht zufällig ist das Armutsrisiko für Alleinerziehende mit Kind am größten. Und nicht zuletzt ist Armut verursacht durch Niedriglöhne und die Ausweitung prekärer Beschäftigung, die trotz Arbeit kein ausreichendes Einkommen sichern. Mehr als eine Million Menschen, das sind 25 Prozent der Beschäftigten, arbeiten in Baden-Württemberg in prekären

Beschäftigungsverhältnissen. Davon waren ca. 500.000 in geringfügiger Beschäftigung mit einem Verdienst bis zu 400,00 Euro. Über 400.000 haben befristete Arbeitsverhältnisse und über 60.000 sind in Leiharbeitsfirmen beschäftigt. Teilweise werden diese prekären Arbeitsverhältnisse auch noch staatlich subventioniert. So etwa Mini-jobs oder 1-Euro-Jobs.

Wir fordern die Rücknahme dieser gefährlichen Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt. Gesellschaftlicher Ausgleich kommt zusehends unter die Räder. Und wir fordern, dass dort, wo Tarifverträge nicht wirken, ein gesetzlicher Mindestlohn gilt (zur Zeit in Höhe von 8,50 Euro), der Beschäftigte nicht zu Hartz IV-Empfängern macht. Über 80.000 Hartz IV-Empfänger der ca. 340.000 erwerbsfähigen Hartz IV-Empfänger, also jeder Vierte, ist in Baden-Württemberg „Aufstocker“.

Wir wollen sichere Jobs mit Einkommen, von denen Beschäftigte und Familien leben können. Ein funktionierender Sozialstaat erträgt keine gesellschaftliche Spaltung durch Armut und Prekariat.

Strategie Zukunft – Gerechtigkeit braucht eine starke IG Metall

Die Armen sind auf Gerechtigkeit angewiesen, die Reichen auf Ungerechtigkeit; so schreibt Bertolt Brecht im „Buch der Wendungen“. Nur Gerechtigkeit fällt nicht vom Himmel, sie muss täglich neu erkämpft werden. Und dafür brauchen wir eine starke Gewerkschaft, eine starke IG Metall.

Gerade in den letzten Jahren haben wir bewiesen, dass wir auch unter extrem schwierigen Bedingungen erfolgreich handeln können. Sei es mit der Durchsetzung einer Politik der Beschäftigungssicherung, sei es mit Tarifverträgen, die trotz der Krise Tarifeinkommen unserer Mitglieder real erhöhen konnten. Aber diese Handlungsfähigkeit setzt immer auch Handlungsmacht und Mitgliederstärke voraus – und hier können und müssen wir besser werden.

Die IG Metall hat sich im öffentlichen Ansehen einen hervorragenden Ruf erarbeitet. Dies gilt es nun auch in Mitgliederzahlen umzusetzen.

Nur mit stabilen Mitgliederzahlen können wir unsere Politik des Erhalts und teilweisen Ausbaus unserer Flächenpräsenz im Land absichern. Diese Flächenpräsenz müssen wir verstärkt nutzen, um in Betrieben, in denen wir bisher nicht vertreten sind, initiativ zu werden, gegebenenfalls Betriebsräte zu gründen und Mitglieder zu gewinnen.

Strategie Zukunft – Unser Handeln 2010/2011

Strategie Zukunft verlangt konkretes Handeln. Vertrauenskörper und Betriebsräte, Verwaltungsstellen und Bezirksleitung werden hierzu in den nächsten Monaten folgende Schwerpunkte setzen:

Wir wollen im Herbst eine breite Mobilisierung gegen eine Politik der Abwälzung der Krisenlasten auf die abhängig Beschäftigten erreichen. Hierzu

gehört auch die Ablehnung einer Kopfpauschale bei der Krankenversicherung und ein klares Nein zur Rente mit 67, die im November zur Überprüfung ansteht.

Wir wollen mehr Chancen für die Jugend: Durch bessere Bildung, Ausbildung, aber auch durch sichere Jobs, statt Leiharbeit und andere prekäre Beschäftigung.

Diese Aktionen werden im Kontext zum Handeln der Politik stehen. Im Herbst müssen nicht nur Sparpakete und Haushalt verabschiedet werden. Auch die Harmonisierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes mit EU-Recht und die Überprüfung der Rente mit 67 stehen auf der parlamentarischen Agenda.

Mit unserem landesweiten Aktionstag am 10. Juni haben wir einen guten Einstieg geschafft. Wir werden im Herbst eine betriebliche Bestandsaufnahme starten: Wie sieht die Bilanz von Ausbildung und Übernahme in unserem Betrieb aus? Welche prekäre Beschäftigung ersetzen bei uns sichere Jobs? Wie funktioniert die Beschäftigungsbrücke Jung-Alt heute und was würde sich mit der Rente mit 67 ändern? Daraus sollen konkrete betriebliche Forderungs- und Aktionspläne abgeleitet werden.

Wir werden die Delegiertenversammlungen und Betriebsversammlungen vor der Sommerpause nutzen, um über das unsoziale Sparpaket zu informieren und die Vorschläge der IG Metall zur Heranziehung hoher Einkommen und Vermögen darstellen.

Wir werden im Herbst folgende Mobilisierungsschritte unternehmen:

22. September:

Große Funktionärskonferenz in Sindelfingen

Oktober – November:

Betriebliche Informationen und Aktionen (abgestimmt mit dem parlamentarischen Beratungskalender)

13. November:

Landesweite Kundgebung in Stuttgart

Wir brauchen klare Planungen, mit welchen zusätzlichen Initiativen und Aktionen wir im Herbst 2010 in der Werbung von neuen Mitgliedern nach vorne kommen. Keine politische oder betriebliche Aktion, ohne dass wir die Frage der Mitgliederwerbung systematisch mitdenken!

Die Verwaltungsstellen werden bis zur Sommerpause ihre bestehenden Planungen zur Mitgliederwerbung konkretisieren und ergänzen.

Die Stärkung unserer Organisationskraft, die systematische Entwicklung von A-Betrieben und damit unserer Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit wird Voraussetzung sein, dass wir die absehbaren Auseinandersetzungen um Verteilung und Arbeitsbedingungen erfolgreich gestalten können.

Der Bezirk hat den Anspruch, nicht als Trittbrettfahrer dem Tross zu folgen, sondern Lokomotive einer durchsetzungsfähigen IG Metall zu sein. **Strategie Zukunft** setzt Organisationskraft

und positive Mitgliederentwicklung voraus. **Strategie Zukunft** gibt die Richtung vor. Jetzt braucht es den notwendigen Druck im Kessel.

Impressum:

Herausgeber: IG Metall Bezirksleitung Baden-Württemberg
Stuttgarter Straße 23 · 70469 Stuttgart, Tel.: (0711) 16581-0 · Fax: (0711) 16581-30, www.bw.igm.de
V.i.S.d.P.: Jörg Hofmann, Bezirksleiter
Redaktion: Kai Bliesener, Frank Iwer, Jörg Hofmann
Gestaltung: Kai Bliesener
Druck: Knödlerdruck, Benningen
Stuttgart, Juni 2010

